

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

„Die städtischen Finanzen befinden sich in schweren Fahrwassern“ - mit diesen Worten eröffnete mein Vorgänger im SPD-Fraktionsvorsitz im vergangenen Jahr seine Haushaltsrede.

Nun leitet Peter Kock als Bürgermeister die Sitzung. Das ist jedoch nur eine der unzähligen Veränderungen seit der letzten Haushaltsberatung. Neben vielen Stadtverordneten, die erstmals in die Haushaltsberatungen einbezogen sind, trifft dies auch für zwei neue Beigeordnete zu und unter anderem auf mich, der ich erstmals die Haushaltsrede meiner Fraktion halten darf.

Nicht verändert hat sich leider die Finanzlage der Stadt Minden!

Im Gegenteil: Wie auch schon Anfang 2025 dem damaligen Haushaltsentwurf zu entnehmen, hat sich die Finanzlage unserer Stadt weiter verschlechtert und der aktuelle Haushaltsentwurf 2026 weist ein Defizit in Höhe von 25,4 Mio. EUR aus. Im Haushalt 2025 hatte das Defizit noch 17 Mio. EUR betragen. Leider ist für die Folgejahre keine Besserung absehbar.

Das ist die traurige Realität! Obwohl innerhalb der Stadtverwaltung in unzähligen Diskussionsrunden um Einsparungsoptionen gerungen wurde und nunmehr im vorgelegten, aktualisierten Haushaltssicherungskonzept 2026 Niederschlag finden. Im HSK sind erarbeitete Einsparpotentiale in Höhe von 8,8 Mio. EUR für dieses Jahr und in den Folgejahren von jeweils ca. 15 Mio. EUR aufgelistet. Diese Einsparpotentiale gilt es seitens der Politik zu würdigen und deren Wirksamkeit sicherzustellen.

Die SPD-Fraktion dankt insofern allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, dem Verwaltungsvorstand und besonders der Kämmerei sowie dem Kämmerer und den beiden Bürgermeistern, die an diesem Haushaltsentwurf mitgewirkt haben. Bedanken möchte ich mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen der weiteren Fraktionen für den kollegialen Austausch, der nun in der Vorlage einer überschaubaren Anzahl von Änderungsanträgen mündet. Den Mitgliedern meiner Fraktion danke ich für die intensiven Beratungen und die einmütigen Beschlüsse, die mir in der Abstimmung mit Politik und Verwaltung einen sicheren Rückhalt geboten haben.

Leider zeigt sich jedoch, dass die Kommunen allein nicht die landesweite Schieflage der kommunalen Haushalte werden lösen können. Im Rahmen der Anhörung der kreisangehörigen Kommunen im HFA des Kreises am 20.01.2026 war den Beiträgen der Kämmerer aller Kommunen gleichermaßen deutlich zu vernehmen, dass der Weg unweigerlich für alle Städte und Gemeinden im Kreis Minden-Lübbecke in eine pflichtige Haushaltssicherung führen werde. Dies könnte nur verhindert werden, wenn die Rahmenbedingungen für die kommunalen Haushalte grundlegend geändert würden. Einzig die Frage, wann die jeweilige Kommune in die pflichtige Haushaltssicherung fallen würde, unterschied die Redebeiträge.

Für mich steht fest, die an die Kommunen übertragenden Aufgaben sind mit den bereitgestellten Mitteln nicht zu stemmen und da kann auch eine massive Sparpolitik vor Ort keine Haushalte retten.

Insofern weise ich die Kritik der NRW-Kommunalministerin Scharrenbach aus dem November vergangenen Jahres zurück, die Kommunen hätten das Sparen verlernt. Die Wahrheit ist, Bund und Land müssen die Kommunen mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausstatten, damit diese den ihr übertragenen Aufgaben gerecht werden können!

Meine Damen und Herren,

das Ergebnis der zurückliegenden Phase der Haushaltssicherung bis 2021 hat stattdessen gezeigt, **wie gut Minden sparen kann!** Und das mit dem Ergebnis, dass wir in Minden von aktuellen (und auch richtigen!) Unterstützungen für Kommunen bei der Entlastung von Altschulden eben nicht profitieren. Wir haben in Minden in schwierigen Zeiten unsere Hausaufgaben gemacht – **aber das reicht eben nicht aus.**

Die Finanzierung der Kommunen braucht eine Reform! Das von Union und SPD gemeinsam mit den Grünen auf den Weg gebrachte Sondervermögen muss in den Kommunen ankommen – und dringend benötigte Investitionen in die Infrastruktur und Klimawandel ermöglichen. **Wir dürfen unsere Städte und Gemeinden nicht kaputtsparen.**

Dass den Defiziten allein kommunal nicht begegnet werden kann, ist schon daran zu erkennen, dass die Summe der freiwilligen Leistungen im städtischen Haushalt nur in der Größenordnung der Hälfte des aktuellen städtischen Defizits liegt. Wo soll da ein ausreichendes Sparpotential auffindbar sein? Wir ringen um Kleinstbeträge und werden unserer lokalpolitischen Verantwortung gerecht. Aber wie frustrierend ist es für uns Ehrenamtliche *(und ja, das sind wir, auch wenn da durch die mediale Berichterstattung bei dem einen*

oder anderen ein anderer Eindruck entstanden sein mag) dann zu erfahren, dass alle Bemühungen nicht den gewünschten Erfolg bringen?

Es gibt aber noch einen weiteren Aspekt, den es immer dringender zu beachten gilt. Wie kann das Personal der Verwaltung die auferlegten bürokratischen Anforderungen erfüllen? In unseren Haushaltsklausuren wurde von einer Vakanzquote in Höhe von etwa 10 Prozent berichtet. Es fehlen also durchgängig ungefähr 100 Mitarbeitende in einer etwa 1000 Menschen starken Kernverwaltung. Der Personalrat berichtete uns sehr eindrücklich, welche Belastungen sich daraus für die Mitarbeitenden durch die resultierende, zusätzliche Arbeitsverdichtung ergeben. Schaut man nun auf den Altersschnitt in unserer Stadtverwaltung -wie übrigens auch in anderen Verwaltungen und in vielen Bereichen der Wirtschaft- muss jedem bewusst werden, dass diese Situation sich weiter und deutlich verschärfen wird.

Wie können wir dieser Problematik begegnen?

Die einzig sinnvolle Antwort kann es sein, dass wir uns vieler bürokratischer Fesseln entledigen müssen, um die anfallenden Aufgaben in der Verwaltung bewältigen und die Finanzierung der kommunalen Haushalte realisieren zu können. Bund und Land können das Problem nicht mit Geld zuschütten, sondern müssen entbürokratisierende Schritte entschlossen und einträchtig gemeinsam mit uns Kommunen angehen! Ich freue mich daher u.a. über die „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ der Damen und Herren Jäkel, de Maiziére, Voßkuhle und Steinbrück. Solche Schritte sind richtig und wichtig – für Verwaltungen und die deutsche Wirtschaft!

Jeder kleine Entbürokratisierungsschritt ist zigmal wertvoller als das eine oder andere Prozent Hebesatzentlastung der Gewerbesteuer, meine Damen und Herren!

Zurück zu unserem Haushalt in der Stadt Minden:

Wir unterstützen sehr klar die intensive Fortführung der Investitionsvorhaben insbesondere bzgl. der Errichtung und Sanierung diverser Schulgebäude und der Baumaßnahmen für den Rettungsdienst und die freiwillige Feuerwehr. Auch die Maßnahmen zur weiteren Sanierung des Rathauses und der Schaffung moderner Büroarbeitsplätze auf dem Gelände der ehemaligen Stadtparkasse erachten wir als sehr wichtig. Durch die Ermöglichung des rückwärtigen Zugangs für die Baumaßnahme am Markt 3-5 können wir die Einschränkungen auf dem Marktplatz und dem kleinen Domhof erheblich reduzieren. Für die Gastronomen am Markt verstehen wir auf diese Weise ganz praktisch Wirtschaftsförderung vor Ort - an zentralem Ort.

Wir brauchen aber auch eine weitere Intensivierung im Bereich der nach innen gerichteten Konsolidierungsbausteine des HSK wie Organisationsuntersuchungen und -optimierungen, Reorganisation, Interkommunale Zusammenarbeit und Digitalisierungsrendite. In diesen Bereichen haben wir im Rahmen unseren Haushaltsklausuren mit den Vorstandsmitgliedern diskutiert und auf die Notwendigkeit von effektiven Ergebnissen hingewiesen. Solche Schritte sind für Verwaltungen sehr anstrengend - aber absolut notwendig!

Für die SPD-Fraktion sind viele der im HSK aufgelisteten Einsparungsoptionen wie z.B. im Kulturbereich oder im Quartiersmanagement sehr schmerzhaft, aber auch wir erkennen an, dass zum Sparen auch die Sammlung vieler kleine Finanzposten notwendig ist. Mit unseren Anträgen halten wir uns daher deutlich zurück und beschränken uns ausschließlich auf wenige aber sehr wesentliche Punkte.

Die Jugendschwimmsportförderung durch die Erstattung der Eintrittsgelder im Melittabad, oder die Abmilderung des Konsolidierungsbeitrages auf dem Sportplatz in Papinghausen gehören ebenso dazu, wie die Aufstockung einer Stelle an der Juxbude zur Stärkung der präventiven Kinder- und Jugendarbeit und die Erhöhung der Mittel eines Projektes zur niederschweligen Unterstützung von wohnungslosen / hilfesuchenden Frauen.

Nicht unterstützen können wir den Vorschlag zu Reduzierung des Hebesatzes der Gewerbesteuer. Hier würde der städtische Haushalt zusätzlich mit ca. 1,6 Mio. EUR belastet. Wie sollen das die Verwaltungsmitarbeitenden wahrnehmen, die - wie eingangs erwähnt - in unzähligen Sitzungen Einsparpotentiale gesucht und gefunden haben? Wie soll das den Kulturschaffenden vermittelt werden, deren kleine Budgetansätze gekürzt werden? Sollte dieser Antrag Zustimmung finden, muss ich mein Statement zu Ministerin Scharrenbach wohl zurückziehen. Ja, Minden kann sparen. Und Minden muss sparen. Die Bürgerinnen und Bürger sind davon ebenso betroffen wie die Unternehmerinnen und Unternehmer, die einen wichtigen Beitrag für das Wohlergehen der Menschen in Minden leisten und wertschöpfend für diese Stadt sind. **Aber: Wir haben keine Spielräume für Steuersenkungen.** Und auch dem Antrag zur Nichtanschaffung einer weiteren semistationären Blitzanlage stimmen wir als SPD-Fraktion nicht zu.

Den maßvollen Ausweitungen des Stellenplans, die sich im Wesentlichen auf den Kommunalen Ordnungsdienst sowie Rettungsdienst und Feuerwehr beschränken, können wir folgen, zumal sie der Umsetzung zuvor mit deutlichen Mehrheiten getragenen Fachbeschlüssen folgen.

Meine Damen und Herren,

zusammenfassend stelle ich fest, aufgrund unser üppigen Ausgleichsrücklage können wir noch (!) das deutliche Haushaltsdefizit stemmen, sehr dringend ist jedoch ein Gegensteuern notwendig. **Dazu bedarf es gemeinsamer Anstrengungen aller Beteiligten in der Verwaltung sowie der Politik vor Ort, im Land und im Bund!**

Für heute hoffe ich, dass wir die vorliegenden Anträge maßvoll abstimmen und wir mit deutlicher Mehrheit dem Haushalt sowie Stellenplan und HSK zustimmen. Dazu lade ich alle Fraktionen zum Wohle der Stadt Minden ein.

Für die Zukunft freue ich mich auf Verfahren und Strukturen, die einen vertraulichen, kontinuierlichen, unterjährigen Austausch zwischen Politik und Verwaltung vor Ort -auch im Hinblick auf zukünftige Haushaltsaufstellungen- ermöglichen.

Glück Auf!